



AUSGABE 30
8. Oktober 2007

Inhalt

- **Seite 1**
Die Politkrise des spanischen Verfassungsgerichts
- **Seite 2**
Regierung lässt Batasuna-Führung festnehmen
- **Seite 3**
Jugendorganisationen von PP und PSOE läuten Vorwahlkampf ein
- **Seite 4**
CiU beendet vorerst interne Krise
- **Seite 5**
Spanien nimmt Entwicklungshilfe an Kuba wieder auf

Newsletter aus Madrid

>> Die Politkrise des spanischen Verfassungsgerichts



Im spanischen Verfassungsgericht, dem „Tribunal Constitucional“, tobt derzeit ein erbitterter politischer Kampf. Dabei geht es um viel mehr als nur einen juristischen Konflikt. Je nach dem, welche politische Seite letztendlich die Oberhand behält, könnte es passieren, dass das Gericht Herzstücke von Zapateros Reformpolitik für verfassungswidrig erklärt – so etwa das katalanische Autonomiestatut oder die Homosexuellen-Ehe mit Adoptionsrecht. Insbesondere schädigt der Streit aber auch den Ruf des Verfassungsgerichtes, dessen politische Unabhängigkeit momentan massiv in Frage steht.

Das spanische Verfassungsgericht besteht aus 12 Richtern, die jeweils für 9 Jahre ernannt werden. Vier werden durch den Senat, vier durch den Kongress, zwei durch die Regierung und zwei durch den Justizkontrollrat ernannt. Für die vom Parlament ernannten Richter ist eine Drei-Fünftel-Mehrheit in der jeweiligen Parlamentskammer erforderlich, die in der politischen Praxis nicht ohne eine Absprache zwischen den beiden großen Volksparteien PP und PSOE hergestellt werden kann. Nach der derzeitigen Zusammensetzung des Gerichtes gelten sechs Richter als „konservativ“ und sechs als „progressiv“, unter letzteren auch die Vorsitzende María Emilia Casas (Foto), deren Stimme bei Stimmengleichheit den Ausschlag gibt.



Der aktuelle Konflikt im Verfassungsgericht begann damit, dass die PP dagegen klagte, dass Pablo Pérez-Tremps, einer der „progressiven“ Richter, wegen angeblicher persönlicher Befangenheit an der Entscheidung über eine PP-Verfassungsklage gegen das katalanische Autonomie-

statut teilnimmt. Als Begründung gab die PP an, Pérez-Tremps habe eine Studie für eine der katalanischen Regionalregierung nahe stehende Stiftung angefertigt. Das Gericht gab dieser Klage mit 6 zu 5 Stimmen unter Ausschluss des Betroffenen statt. Allerdings kann das Gericht nicht über das Autonomiestatut entscheiden, solange die Vorsitzende die Klage nicht zulässt. Aus diesem Grund entschloss sich die PSOE-Regierung, per Gesetz den im letzten Sommer ausgelaufenen Vorsitz Casas´ - genauso wie den stellvertretenden Vorsitz des konservativen Guillermo Jiménez - bis zu ihrem turnusgemäßen Ausscheiden als Verfassungsrichter im Dezember 2007 zu verlängern.

Kaum war das Gesetz verabschiedet, klagte die PP prompt erneut dagegen. Als Betroffene beschlossen Casas und Jiménez, sich in der Entscheidung über die Klage der Stimme zu enthalten. Daraufhin wurde eine Abstimmung der verbleibenden Richter über diese Entscheidung Casas´ und Jimenez´ notwendig. Diese fiel fünf zu fünf aus. Während die fünf „progressiven“ Richter die Enthaltung der beiden nicht akzeptieren wollten, hielten die fünf „konservativen“ Richter an der Notwendigkeit der Enthaltung fest. Da laut Regeln im Falle einer Entscheidung ohne Präsident und Vizepräsident bei Stimmengleichheit die Stimme des ältesten Richters entscheidet, fiel diese bedeutende Rolle dem konservativen Richter Vicente Conde (Foto) zu - und dieser nutzte seine Befugnisse, um die Enthaltung von Präsidentin und Vizepräsident zu akzeptieren.



Dies rief den Zorn der Regierung hervor, da es als sicher erscheint, dass Conde mit seiner entscheidenden Stimme der PP-Klage Recht geben würde. Dies würde Casas und Jimenez von der Präsidentschaft des Verfassungsgerichtes entfernen und automatisch Conde zum Interimspräsidenten machen,

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 30 |

8. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

womit seine Stimme entscheidend wäre, nicht nur für die Zulassung der Klage gegen das katalanische Autonomiestatut, sondern auch für die Entscheidung über Klagen gegen solche Gesetze Zapateros wie etwa die Homo-Ehe mit Adoptionsrecht.

Die Regierung hat deshalb jetzt angekündigt, ihren letzten Trumpf ziehen zu wollen. Sie will die konservativen Richter Roberto García Calvo und Jorge Rodríguez Zapata ebenfalls wegen Befangenheit von der Abstimmung über die PP-Klage gegen die Amtsverlängerung von Casas und Jimenez fernhalten. Beide hatten bereits unmittelbar nach der Mandatsverlängerung Casas´ ihrem Protest gegen diese Ausdruck verliehen. Die Regierung argumentiert, mit dieser öffentlichen Meinungsäußerung seien sie nicht mehr dafür qualifiziert, mit zu entscheiden.

Über diese Klage der Regierung muss jedoch erneut das Verfassungsrecht entscheiden unter Ausschluss der Betroffenen, was die Balance auf fünf zu drei zu Gunsten der „Progressiven“ verschiebt. Dadurch wird die endgültige Entscheidung über die PP-Klage weiter aufgeschoben. Zudem wird die Gesamtsituation dadurch erschwert, dass das Mandat von vier der 12 Verfassungsrichter Ende diesen Jahres ausläuft. Diese müssen durch den spanischen Senat ernannt werden. Solange sich PP und PSOE nicht über die Kandidaten einigen, bleiben die bisherigen Richter kommissarisch im Amt. Und eine Einigung zwischen beiden großen Volksparteien ist bis zu den Parlamentswahlen im kommenden März kaum in Sicht.

Aufgrund der festgefahrenen Situation erscheint es wenig wahrscheinlich, dass das Verfassungsgericht vor den nächsten Wahlen eine der Klagen gegen die Regierung Zapatero zulassen wird, es sei denn, das Gericht weist die Klage der Regierung trotz „progressiver“ Mehrheit zurück.

Die Handlungen des Verfassungsgerichts in den letzten Monaten scheinen vielen Beobachtern in Spanien nicht mehr viel mit konstitutioneller Rechtsprechung zu tun zu haben. Im Gegenteil wirken sie wie beinharte politische Grabenkämpfe. Die katalanische Tageszeitung „La Vanguardia“ sieht in dem Streit deshalb vor allem einen Verlierer: das Verfassungsgericht selbst. Dieses, so „La Vanguardia“, befinde sich „in der tiefsten Krise seit es vor einem Vierteljahrhundert

gegründet wurde“. Es sei heute nicht mehr als eine „Institution vor dem Scheitern“.

>> Regierung lässt Batasuna-Führung festnehmen

Fünf Monate nach dem Ende des ETA-Waffenstillstandes und ein halbes Jahr vor den Parlamentswahlen zeigt die spanische Regierung Härte gegen die ETA. In einer überraschenden Polizeiaktion auf Anweisung



des obersten Ermittlungsrichters Baltazar Garzón (Foto) wurde in der Nacht von Donnerstag auf Freitag fast der gesamte Vorstand der illegalen, ETA-

nahen Partei „Batasuna“ festgenommen. Bei der Aktion in Segura in der baskischen Provinz Guipuzcoa überraschte die Polizei die „Batasunos“ offenbar bei der Abhaltung einer Vorstandssitzung. Insgesamt 23 Personen wurden festgenommen, darunter zahlreiche bekannte Namen. Der Sprecher der Batasuna-Partei, Arnaldo Otegi, sitzt bereits seit dem 8. Juni in Haft.

Nach Presseinformationen sollte bei dem von der Polizei verhinderten Batasuna-Treffen über den Strategiewechsel der ETA hin zu einem noch konfrontativeren Kurs beraten werden. Zudem sollte eine „Mandatsübergabe“ zwischen alten und neuen Batasuna-Führungsfiguren durchgeführt werden, weshalb zum Glück für die Polizeikräfte ungewöhnlich viele Parteikader bei dem Treffen anwesend waren. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Batasuna unter anderem wegen Finanzierung von Terroraktivitäten.

Die oppositionelle Volkspartei reagierte umgehend auf die Festnahmen. Der aus dem Baskenland stammende PP-Europaabgeordnete und ehemalige spanische Innenminister Jaime Mayor Oreja (Foto) kritisierte, die



Regierung zeige jetzt aus wahltaktischen Gründen die Härte gegenüber der ETA, die sie bisher habe vermissen lassen. Nach den Wahlen jedoch werde Zapatero im Falle eines Sieges wieder mit ETA an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Die Regierung in Madrid bezeichnete den Schlag gegen die ETA- bzw. Batasuna-Führung als „normales juristisches Prozedere“.

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 30 |

8. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

re“, um den Vorwurf der PP zu kontern. Gleichzeitig kündigte sie an, verstärkt Druck auf die ETA ausüben zu wollen, um die Reorganisation der ETA nach den Festnahmen zu verhindern. Die ETA sprach daraufhin von einer „Kriegserklärung“ gegen die „bas-kische Unabhängigkeitsbewegung“. Die Regierung habe den Weg des „Friedensprozesses“ verlassen und biete nur noch die „Verfassung und Unterdrückung“ an. Aus Sicherheitskreisen ist zu hören, dass die ETA einen Racheakt gegen einen „Uniformierten“ plant.



Unterdessen wurde bekannt, dass die Regierung doch ein Parteiverbot für die ETA-Frontpartei ANV, die in Navarra parlamentarisch vertreten ist, erwägt. Die Volkspartei hatte die Eröffnung eines Verbotsverfahrens bereits vor den Regionalwahlen am 27. Mai 2007 gefordert, war jedoch damit am Obersten Gericht gescheitert, das eine Handhabe gegen die ANV zum damaligen Zeitpunkt aus rechtlichen Gründen ausschloss. Auslöser für ein mögliches Verbotverfahren war nun die Teilnahme der hochrangigen ANV-Füh-



rungsfigur Joseba Álvarez (rechts im Foto) an einer Demonstration für die Amnestie von ETA-Anhängern am 3. Oktober in Pamplona. Sollte die ANV nicht öffentlich dem ETA-Terror abschwören und „Attentate mit Todesopfern nach dem gebrochenen Waffenstillstand in ihrem Wahlkampf nicht verurteilen“, drohe ihr noch vor den nächsten spanischen Parlamentswahlen das Aus, so verlautete es aus Regierungskreisen.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft fehle nur ein letzter Beweis, um die Verbindung von ETA-Batasuna und ANV zu beweisen. Aus Kreisen der Antiterror-Einsatzkräfte der Polizei heißt es, die Informanten aus der ANV seien sehr gesprächig, wenn es um Planungen der ETA gehe, aber auf einmal „still“, wenn ein Anschlag bevorstehe. Laut einem Bericht der konservativen Tageszeitung ABC sei die Regierung bisher deshalb nicht weiter gegen die ANV vorgegangen, weil sie anscheinend über Informationen verfügt, die darauf deuten, dass im Falle eines tödlichen ETA-Anschlags Personen, die sich in Waffenstillstandszeiten um einen Lis-

tenplatz in der ANV bemühen, Verhaftungen gegen Parteigenossen unterstützen und sich auch von ETA-Batasuna distanzieren könnten. Derartige Vorkommnisse innerhalb von ANV würden „wie ein Riss“ durch die Partei gehen und bis „in die ETA eindringen“. Eine solche Entwicklung könnte für den Antiterrorkampf förderlicher sein als ein ANV-Verbot, resümiert ABC die Regierungsüberlegungen.

Sollte die Regierung jetzt jedoch von ihrer bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber einem ANV-Parteiverbot abrücken und ein solches vorantreiben, würde sie die Forderung der Volkspartei erfüllen. Es wird für Zapatero dann schwierig sein, den Spaniern zu erklären, welcher Anlass seine Regierung derart plötzlich zu einem so drastischen Strategiewechsel motiviert hat. Darüber hinaus wird immer deutlicher, dass die Regierung während und auch nach dem Ende des „Friedensprozesses“ mit der ETA politischen Einfluss auf die Justiz ausgeübt hat.

>> Jugendorganisationen von PP und PSOE läuten Vorwahlkampf ein

Rund ein halbes Jahr vor den nächsten Parlamentswahlen tobt der Vorwahlkampf. In der vergangenen Woche haben sich dabei die Jugendorganisationen der beiden großen Volksparteien mit eigenen Kampagnen zu Wort gemeldet. Ein Unterschied im politi-



schischen Ton ist dabei unübersichtlich. Während die PP-Jugend „Nuevas Generaciones“ (NN.GG.) mit dem Slogan „Wir sind Spanien“ versucht, dem regional-nationalistischen Hickhack der letzten Wochen ein positives Bild der spanischen Nation entgegen zu stellen, schießt die sozialistische Jugendorganisation JSE in einem Video scharf gegen die jungen PP-Anhänger.

Das JSE-Video will für das von der PP wegen seinem ideologischen Inhalt abgelehnte Schulfach „Bürgererziehung“ Stimmung machen. Dazu inszeniert die JSE ein TV-Quiz zwischen einer offenbar gut erzogenen jungen Frau mit „progressiven“ Positionen und einem Schnösel, der ein rosafarbenes Polohemd mit übergroßem „Lacoste“-Krokodilaufdruck trägt



NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 30 |

8. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

und sich ständig durch die gegelten Haare streicht. Ohne jeden Zweifel soll er einen PP-Jugendlichen symbolisieren. Während die junge Frau homosexuelle Partnerschaften als „Ehe“ anerkennt und die Rolle der Frau mit „Gleichheit“ definiert, nennt der Video-Schnösel die Homosexuellen „Schwuchtelei“ und definiert die Rolle der Frau mit „Unterwerfung“. Auf die Frage nach dem „Grundgesetz, das die Wertmaßstäbe des spanischen Staat regelt“, antwortet er mit „Katechismus“, während sie richtig „Verfassung“ sagt. Den Höhepunkt bildet jedoch die letzte Frage aus dem Off: „Person, die mit „G“ anfängt und weltweit für ihren Kampf für den Frieden und die Rechte der Völker geschätzt wird?“ Begeistert schaut der PP-Schnösel in die Kamera und sagt „José María Aznar“ während die PSOE-Jugendliche unter lautem Gelächter „Gandhi“ antwortet. Nachdem der Polohemd-Träger aus dem Quiz entfernt worden ist, endet das Video mit der Botschaft: „Für Gleichheit und Zusammenleben: Ja zur „Bürgererziehung“.

Genau dieses friedliche Zusammenleben sehen viele jedoch durch dieses provokative Video gestört. Die liberale Zeitung „El Mundo“ schrieb in einem Leitartikel zu dem Thema: „Es erscheint als absolute Ironie, dass die JSE ihre Kampagne gegen die Bürgererziehung unter das Motto ‚Für das Zusammenleben‘ stellt und dabei eine Botschaft verbreitet, die weit davon entfernt ist, das gegenseitige Verständnis mit denen zu fördern, die anders denken als sie selbst. Stattdessen machen sie die PP-Jugendlichen als Snobs, Machos, Ignoranten und Zurückgebliebene lächerlich.“ Auch die erste Reihe der spanischen Politik reagierte auf die Kontroverse. Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero (Foto) findet den Video-Spot „seiner“ Jugend „sympathisch, unterhaltsam und der Debatte förderlich“.



Ganz anders PP-Chef Mariano Rajoy. Die spanische Jugend sei im Allgemeinen „dynamisch und einfallsreich“. Es gebe aber auch einige wenige Ausnahmen. Und diese Ausnahmen hätten wohl das Video gedreht.

Die angegriffene PP-Jugendorganisation „Nuevas Generaciones“ blieb gegenüber dem Video ruhig und erklärte, derartige Aktionen brächten „nichts“. Stattdessen bringt NN.GG. lieber ihre eigene Kampagne unter

dem Motto „Wir sind Spanien“ voran. Nach den Diskussionen um Unabhängigkeitsforderungen aus Katalonien und dem Baskenland sowie der Verbrennung von Bildern des spanischen Königs, hält sie diese für besonders dringlich. Der NN.GG.-Vorsitzende Nacho Uriarte (Foto) forderte zum Nationalfeiertag am 12. Oktober, „die



Flagge dort hochzuhalten, wo es am nötigsten ist“. Ohne eine selbstbewusstere Regierung seien „unser Haus, unsere Menschen und unsere Nation obdachlos“. Auf dem Kampagnenposter stehen neben dem Slogan „Wir sind Spanien“ die Schlagworte „Unser Haus“, „Unsere Menschen“, „Unser Stolz“ und „Unsere Nation“. Gleichzeitig bekennt sich NN.GG. zur sprachlichen Vielfalt Spaniens. Das [Kampagnenmotiv](#) kann über die NN.GG.-Internetseite auch in den Regionalsprachen Baskisch, Katalan und Galizisch heruntergeladen werden.



>> CiU beendet vorerst interne Krise

Viel war in den letzten Wochen und Monaten über einen bevorstehenden Bruch des Parteienbündnisses CiU spekuliert worden. Geradezu unvereinbar erschienen

die Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Bündnispartnern, der von Artur Mas (rechts im Foto) geführten liberal-nationalistischen CDC und der christdemokratischen UDC unter ihrem Vorsitzenden Josep Antoni Duran i Lleida (links im Foto). Die heran nahenden spanischen Wahlen zwingen die Parteien jetzt jedoch offensichtlich zur Einheit und zur Zusammenarbeit.



Beim ersten Treffen der Spitzen von CDC und UDC nach dem erbitterten Streit um die künftige politische Strategie des Parteienbündnisses versuchten beide Seiten, die vergangenen Auseinandersetzungen herunterzuspielen und vereinbarten die Einsetzung eines gemeinsamen Wahlkampfkomitees, welches auch für das Wahlprogramm verantwortlich sein soll. Die katalanische Zeitung „La Vanguardia“ beschrieb das Treffen mit den Worten: „CiU verhält sich so,

NEWSLETTER

AUS MADRID

AUSGABE 30 |

8. OKTOBER 2007

www.kas.de/Spainen

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
 Auslandsbüro Madrid
 V.i.S.d.P: Michael Däumer
 Redaktion: Michael Däumer/
 Sebastian Grundberger/ Johannes Herz
 Plaza de Castilla, 3, 16-D 2
 28046 Madrid, Spanien
 Tel: (+34) 91 579 61 86
 Fax: (+34) 91 571 86 12
 Email: info@fka-madrid.org
 Web: www.kas.de/espana

als ob nichts passiert wäre“.

Auch wenn sich UDC-Chef Duran i Lleida weiterhin vom CDC-Projekt einer „Neugründung des Katalanismus“ wegen dessen Annäherungen an die Linksrepublikaner (ERC) distanziert, kündigte er doch an, bei der Vorstellung desselben am 20. November in Barcelona anwesend sein zu wollen. Im Gegenzug stellt CDC den Christdemokraten nicht weiter als CiU-Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen in Frage. Beide Bündnispartner versicherten, es sei durchaus legitim, dass jede Seite auch ihr eigenes politisches Profil entwickle. Führungsfiguren von CDC und UDC wiesen zudem darauf hin, dass es angesichts der Ernüchterung der katalanischen Gesellschaft mit der Politik wichtig sei, mit „Motivation und Engagement“ die nächsten politischen Herausforderungen anzugehen.

Der Wille zur Macht hält die beiden ungleichen Bündnispartner also vorerst zusammen. Beide Seiten wissen, dass sie im Falle einer Trennung verlieren würden. Auch wenn CDC der deutlich stärkere der beiden Bündnispartner ist, wäre nicht gewährleistet, dass CDC ohne UDC die stärkste Partei in Katalonien würde. UDC hingegen würde ohne CDC deutlich an politischem Einfluss verlieren und könnte sowohl im katalanischen Parlament als auch im spanischen Kongress nur noch eine Minifraktion bilden. Den enormen politischen Ambitionen ihres Vorsitzenden Duran i Lleida wäre dies enorm abträglich.

>> Spanien nimmt Entwicklungshilfe an Kuba wieder auf

Nach rund vier Jahren Pause ist Kuba wieder offiziell Partner der spanischen Entwicklungszusammenarbeit. Entwicklungsstaatssekretärin **Leire Pajin** (Foto) unterschrieb in der kubanischen Hauptstadt Havanna gemeinsam mit der kubanischen Ministerin für Auslandsinvestitionen, Marta Lomas, einen bilateralen **Kooperationsvertrag über Entwicklungszusammenarbeit**. Demnach erhält Kuba „als Anfang“ pro Jahr 20 Millionen Euro offizieller Entwicklungshilfe. Zusätzlich wurde die Einrichtung einer bilateralen Entwicklungskommission vereinbart. Damit geht das Spanien der sozialistischen Regierung von Ministerpräsident Zapatero in der Kubapolitik erneut ei-



nen Sonderweg, der nicht mit den europäischen Partnern abgestimmt worden ist. Die neueste bilaterale Annäherung geschieht nur wenige Tage, nachdem Zapatero bei einer Rede vor den Vereinten Nationen in New York die Castro-Diktatur indirekt mit dem Franco-Regime verglichen hatte. Dies wiederum hatte zu wütenden Protesten seitens des kubanischen Außenministers **Felipe Pérez Roque** geführt.

Die spanische Volkspartei kritisierte die erneute Annäherung der Zapatero-Regierung an Kuba scharf. Gustavo de Aristegui (Foto), außenpolitischer Sprecher der **PP-Fraktion**, erklärte, die Haltung der Regierung „stärke ein brutales und unbarmherziges Regime“ und schädige die Möglichkeit eines friedlichen Übergangs zur Demokratie.

Unterdessen war Kuba auch wieder ein Streitthema im spanischen Parlament. Auf Anfrage des PP-Abgeordneten Jorge Moragas (Foto), der gleichzeitig Internationaler Sekretär seiner Partei ist, erklärte Außenminister Miguel Ángel Moratinos, die spanische Botschaft in Havanna werde keine kubanischen Dissidenten zu den Feierlichkeiten im Rahmen des spanischen Nationalfeiertags am 12. Oktober einladen. Gleichzeitig lehnte es die sozialistische Fraktion ab, einer von CiU und PP eingebrachten Resolution zur Unterstützung der kubanischen Oppositionellen zuzustimmen. Daraufhin erklärte Moragas, er frage sich, ob die Regierung anders handeln würde, wenn die „**Damen in Weiß**“



(Organisation von Müttern und Ehefrauen politischer kubanischer Gefangener) wie die Mönche in Burma orange gekleidet seien.

Auch der ehemalige konservative Ministerpräsident José María Aznar schaltete sich außerparlamentarisch in die Debatte ein und warf der Regierung Doppelbödigkeit vor. Während man die Diktatur in Burma hart verurteile und sich für die politischen Verfolgten einsetze, lasse man diese unterschiedene Haltung im Falle der Castro-Diktatur schmerzlich vermissen.